

# 100% SOZIAL

für das Havelland

## DIE LINKE.

Zeitung zu den Kommunal- und Europawahlen 2014

## DIE LINKE will mehr Geld für Kommunen

Kommunales Investitionsprogramm soll Infrastruktur in Städten und Dörfern voranbringen

DIE LINKE in Brandenburg will die Investitionskraft der Kommunen deutlich stärken. Wir sind überzeugt davon, dass die Investitionen wie ein Konjunkturprogramm wirken und die regionale Wirtschaft beleben können. Deswegen streben wir für die Jahre ab 2015 ein kommunales Investitionsprogramm mit einem Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr an.

Für DIE LINKE war es schon immer wichtig, dass in den Städten und Gemeinden mitentschieden wird, welche Bau- bzw. Sanierungsvorhaben realisiert werden sollen und wofür das Geld der SteuerzahlerInnen ausgegeben wird.

Dass ein solches Programm wichtige Impulse geben kann, zeigte das so genannte Konjunkturprogramm II, das die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise für die deutsche Wirtschaft mildern sollte. In der Realität bewirkte es zahlreiche Investitionen in Schulen, Kindergärten und Hochschulen, Krankenhäuser, Sporthallen, Feuerwehrgebäuden, Bibliotheken, Vereinsgebäude sowie in Straßen, in die IT-Kommunikation und in die ländliche Infrastruktur.

Die Mittel für das kommunale Investitionsprogramm in Brandenburg soll nach den Vorstellungen

der LINKEN überwiegend das Land bereitstellen.

Die Kommunen steuern nach dem Vorbild des genannten Konjunkturpaketes II ihrerseits Eigenmittel bei. Zudem werden wir prüfen, inwiefern weitere Mittel des Bundes sowie EU-Gelder nutzbar sind. Eigenmittel können auch aus dem kommunalen Ausgleichsfonds kommen, damit notleidende Kommunen ebenfalls Nutzen aus dem

Investitionsprogramm ziehen können.

Die Investitionen sollen nachhaltig wirken und unter anderem in den Unterhalt von Kommunalstraßen und kommunalen Brücken, in den Erhalt von Sportstätten, in die energetische Gebäudesanierung, in die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude fließen. Dazu gehören auch Schulen. Mit diesem Investitionsprogramm werten wir einen Teil

der den Kommunen übertragenen Mittel ein weiteres Mal auf und vermehren die damit verfügbare Investitionssumme. Was dringend gemacht werden muss, kann damit leichter und schneller in Angriff genommen werden. Das dient der Erhöhung der Lebensqualität in den Städten und Dörfern.

*Christian Görke,  
Landesvorsitzender  
der LINKEN in Brandenburg*



*Ergänzend durch das Konjunkturpaket II ist in Weisen in der Prignitz ein vielseitiger, gut besuchter Dorfgemeinschaftsraum, Landmarkt, Bistro, Buschbackofen und Spielplatz entstanden.*



### Am 25. Mai wählen gehen

Der letzte Mai-Sonntag ist ein wichtiges Datum für die Bürgerinnen und Bürger im Land, denn an diesem Tag bestimmen sie darüber, was künftig in ihren Kommunen, in ihrem Landkreis und auch in Europa passiert. Fragen wie gute Arbeit, Bildung von Anfang an und Finanzierbarkeit sind zu beantworten. Trotz Haushaltszwängen. Bei uns in Teltow-Fläming wurde der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan 2014 einstimmig beschlossen. Jetzt gilt für unseren Landkreis das, was auch für jeden privaten Haushalt gilt: Es darf nicht mehr ausgegeben werden, als Einnahmen da sind. Haushaltskonsolidierung hat Vorrang, denn wir wollen die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen sichern. Und so stellen wir jede Aufgabe auf den Prüfstand, wo etwas ohne Schaden verschoben oder auch anders organisiert werden kann, haben wir das getan. Bei diesen Entscheidungen haben wir die Zukunftsaufgaben für Ältere und Jüngere im Blick – die Teilhabe an Bildung und Kultur und Sport, Gesundheit und Mobilität. Trotz Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau sind die so genannten freiwilligen Leistungen nicht gestrichen worden. Auch die unentgeltliche Schülerbeförderung wird es weiterhin geben. Dies gelang nur durch Offenheit, Transparenz, einander zuhören und Hinweise ernst nehmen. So kann Politik gelingen. Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie am 25. Mai den Kandidatinnen und Kandidaten Ihre Stimmen, denen Sie genau das zutrauen.

*Kornelia Wehlan, (DIE LINKE)*

(Anm. der Redaktion: Die Autorin ist Landrätin im Landkreis Teltow-Fläming)



*Susanne Schwanke-Lück (l.) und Hendrik Öchsle – zwei Vorsitzende des Kreisverbandes der LINKEN – ein Team für den Landkreis Havelland.*

### Für und mit den Menschen

Die LINKE steht für eine Politik für und mit den Menschen. Der Anspruch der LINKEN im Havelland ist es, Menschen in zu treffende Entscheidungen einzubeziehen. Es ist kein leichtes Unterfangen, in Zeiten knapper Kassen in den Kommunen. Geht es doch um den Erhalt von Einrichtungen und Personalstellen im freiwilligen Bereich. Wir möchten Kommunen, in denen die Menschen gern leben.

*Hendrik Öchsle  
Kreisvorsitzender DIE LINKE*

### DIE LINKE ist die Alternative

Das Havelland braucht auch weiterhin eine Partei im Kreistag, die mit ihrer Politik die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger vertritt und sich dabei vom Grundsatz 100% sozial leiten lässt – sei es im Bereich Arbeit, demografische Entwicklung, Kinder- und Jugendpolitik oder auch Landwirtschaft! Diesen Anspruch erfüllt DIE LINKE als echte Alternative zur bisherigen Zählgemeinschaft!

*Susanne Schwanke-Lück  
Kreisvorsitzende DIE LINKE*

Für alle Kinder:

## Längeres gemeinsames Lernen

Die Gemeinschaftsschule ist für uns Linke ein zukunftsfähiges Modell für Brandenburg. In dieser Schule können unsere Kinder länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen. Sie werden entsprechend ihrer Neigungen, Talente und Begabungen optimal gefördert. Sie werden nicht sortiert, sondern integriert. Jeder Schulabschluss soll in dieser Schule möglich sein. Die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Kindern und Jugendlichen wird als Chance für ein erfolgreiches, kreatives Lernen und für die Entwicklung sozialer Kompetenzen betrachtet. Wir wollen diese Schule gemeinsam im Dialog mit Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen, mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie mit allen an Schule Beteiligten langfristig in Brandenburg einführen. Auf dem Weg dahin müssen die bestehenden Schulformen für SchülerInnen durchlässiger werden. Dafür brauchen wir gleiche Rahmenpläne und Stundentafeln für Oberschulen, Gesamtschule und Gymnasien bis zur Klasse 9. Wir stärken die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe und schaffen Anreize zur Zusammenführung von Grund- und weiterführenden Schulen. Wir streben den Einsatz von mehr SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und Sonder- bzw. InklusionspädagogInnen an.

Wir fördern in Zusammenarbeit mit den Kommunen den Ausbau weiterer inklusiver Grundschulen. Neben einer intensiven pädagogischen Vorbereitung bedarf es der entsprechenden personellen und sachlichen Ausstattung dieser Schulen. Diese Schule bietet allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder dem Wohnort der Eltern abhängen. Jedes Kind in allen Regionen des Landes hat eine Zukunft verdient und deshalb brauchen wir die Gemeinschaftsschule.

# Wir stärken die kommunale Familie

Ute Hustig, Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthetal, befragt Brandenburgs Finanzminister Christian Görke

## Wodurch unterscheidet sich ein linker Finanzminister von einem mit anderem Parteibuch?

Ein Finanzminister ist der Verantwortliche für ein klar umrissenes Aufgabengebiet. Er kann nicht aufgrund seines Parteibuches über mehr oder weniger Geld verfügen. Da ich jedoch davon ausgehe, dass die meisten Leserinnen und Leser dieser Zeitung die beiden einzigen linken Finanzminister kennen, nämlich meinen Amtsvorgänger Helmut Markov und mich, beantwortet sich die Frage doch fast von selbst. Oder erkennen Sie sehr viele Ähnlichkeiten zwischen uns und, sagen wir mal, Herrn Schäuble? Uns unterscheidet die Herangehensweise an Politik. Wir bleiben dabei: Unsere Haushaltspolitik wird immer soziales Augenmaß wahren. Das ist keine leichte Aufgabe, aber der stellen wir uns auch in der kommenden Wahlperiode.

## Woher speisen sich die Finanzen einer Kommune?

Die Gelder der Kommunen stammen aus der gleichen Quelle wie die des Landes und des Bundes. Es sind die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die uns anvertraut sind. Damit sorgsam umzugehen und sie zu vermehren, ist Aufgabe aller, die politische Entscheidungen zu treffen haben.

Die wichtigste eigene Einnahmequelle der Kommunen ist zum Beispiel die Gewerbesteuer. Jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister hat also die Chance, selbst mit zu beeinflussen, wie viel Geld für soziale oder kulturelle Vorhaben ausgegeben werden

kann, indem sie ihren Handwerks- und Gewerbebetrieben gute Bedingungen bereit stellen und neue Unternehmen in den Ort holen.

## Was hat die rot-rote Landesregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode an der Finanzierung der Kommunen geändert?

Wir haben die finanzielle Lage der Kommunen gestärkt. 2011 haben wir den Demografie-Faktor eingeführt und inzwischen auf fünf Jahre ausgeweitet. Davon profitieren Kommunen mit Einwohnerrückgang. Sie erhalten übergangsweise

dem Ausgleichsfonds Hilfen erhalten, um überregional bedeutsame Investitionen realisieren zu können. Mit Beginn dieses Jahres führten wir den Jugendhilfelastenausgleich ein. Und auch die solidarische Finanzausgleichsumlage, die oft als „Reichensteuer“ verunglimpft wird, ist ein Kind der LINKEN, um in der kommunalen Familie das Prinzip, dass der Stärkere dem Schwächeren hilft, zu verankern.

## In den Gemeinden wird immer über Instandhaltungsrückstau - vor allem an Straßen, Rad- und

periode ein kommunales Investitionsprogramm im Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr auflegen. Es wird ein zentrales Vorhaben im Landeswahlprogramm der Linken sein (Siehe auch S.1 dieser Zeitung).

## Was haben Sie vor, um die finanzielle Lage der Kommunen generell zu verbessern?

Von unserer soliden Haushaltspolitik partizipieren die Kommunen gleichermaßen wie das Land. Nach der jüngsten Steuerschätzung im November 2013 wurden für dieses

Jahr Steuermehreinnahmen in Höhe von 19,2 Millionen Euro vorhergesagt. Wir haben diese Summe in den Nachtragshaushalt 2013/14 eingestellt, so dass die Kommunen davon 3,82 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Dank der Steuermehreinnahmen fällt die für 2013 erwartete Spitzabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs auch besser als erwartet aus. Vom Plus in Höhe von 9,72 Millionen Euro reicht das Land die Hälfte - also 4,86 Millionen



mehr Schlüsselzuweisungen als ihnen nach der aktuellen Einwohnerzahl zustehen würde. So können sie den Strukturwandel besser gestalten. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass auch finanziell angeschlagene Kommunen aus

## Gehwogen, aber auch Schulen und anderen kommunalen Gebäuden - geklagt. Haben Sie eine Idee, was wir dagegen machen könnten?

Genau für dieses Problem möchten wir in der nächsten Legislatur-

Euro - schon vorfristig in diesem Jahr an die kommunale Familie weiter. Es kommt aber immer auch auf die Kommunen selbst an. Das Land kann Hilfen geben, aber dies sollen immer auch Hilfen zur Selbsthilfe sein.

# Leistungsfähige und moderne Krankenhäuser

84 Prozent der Patientinnen und Patienten in Brandenburg würden ihr Krankenhaus weiterempfehlen. Das hat eine der größten Befragungen in Deutschland ergeben, deren Ergebnis im vergangenen Jahr vorgestellt wurde. Brandenburg liegt damit über dem Bundesdurchschnitt.

„Unsere Krankenhäuser leisten eine gute Arbeit. Sie sind ein wichtiger Anker in der gesundheitlichen Versorgung im Land. Und wir tun alles, um sie für die Zukunft fit zu machen“, erläutert Gesundheitsministerin Anita Tack mit Blick auf die 53 Krankenhäuser mit 62 Standorten. Über eine halbe Million

Patientinnen und Patienten werden jährlich hier versorgt.

Rund vier Milliarden Euro Fördermittel wurden seit Gründung des Landes für den Auf- und Ausbau zur Verfügung gestellt, davon rund 2,77 Milliarden aus Landesmitteln. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und unsere Krankenhäuser in erheblichem Umfang wirtschaftlich gestärkt“, so Tack. DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass zu Jahresbeginn 2013 die Krankenhausfinanzierung von einer Einzelinvestitionsförderung auf eine verlässliche Investitionspauschale umgestellt wurde. 2014 trat der neue Krankenhausplan in Kraft.

Da über zwei Drittel aller Krankenhausleistungen von Menschen im höheren Lebensalter in Anspruch genommen werden, hat die Landesregierung die Krankenhausleistungen in der Geriatrie, in der Inneren Medizin und in der Neurologie deutlich erhöht. Tageskliniken verstärken die Präsenz von Krankenhausleistungen in der Fläche.

„Gerade in der Altersmedizin helfen Tageskliniken einen Krankenhausaufenthalt zu verkürzen oder zu vermeiden. Patientinnen und Patienten können schneller in ihre häusliche Umgebung zurückkehren und wieder aktiv am Leben teilhaben“, begründet Tack diesen Schritt.

Darüber hinaus stehen landesweit 30 Kliniken mit rund 5.400 Betten für medizinische Rehabilitation bereit.

Gleichzeitig zählen die Brandenburger Krankenhäuser und Reha-Kliniken in den jeweiligen Städten und Kreisen zu den größten Arbeitgebern und sichern damit vielen Familien das Haushaltseinkommen. Mehr als 27.000 Beschäftigte haben hier ihren Arbeitsplatz.

Gerade für diese vielen engagierten Beschäftigten in den Brandenburger Kliniken ist das Umfrageergebnis eine schöne Auszeichnung und Ansporn für weitere gute Leistungen.



**Was gehört uns allen? Entscheiden Sie mit!**

**DIE LINKE.**

www.dielinke-kommunal.de

# LINKs wirkt – in Opposition wie in Regierung...

DIE LINKE hat geliefert und kann sich selbstbewusst den BürgerInnen zur Wahl stellen

100% sozial – das war das Wahlversprechen der LINKEN zur letzten Kommunalwahl. Wer sich die Bilanz der LINKEN Havelländer Kreistagsfraktion anschaut, wird feststellen: Damit hat die Partei Wort gehalten.

Auch wenn die Landrats-Zählgemeinschaft keine einzige der Initiativen der LINKEN im Original ‚durchgehen‘ ließ, so kamen doch zahlreiche Vorschläge zeitlich versetzt dann doch in Form von Anträgen der Kreistagsmehrheit durch. Ob das den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor betraf, oder das Programm für Kleininvestitionen an Schulen, ob den kreiseigenen „Goldenen Plan Sport“ oder – letzter großer Erfolg beharrlichen Bemühens der LINKEN – die Aufhebung des Sachleistungsprinzips für AsylbewerberInnen im Landkreis. Die Auflistung ließe sich fortsetzen.

Deshalb kann DIE LINKE selbstbewusst in den bevorstehenden Wahlkampf gehen. Und sie braucht auf Konstellationen keine Rücksicht zu nehmen. Denn es sind immer die Interessen einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung, die handlungsleitend für die Partei sind.

So werden wir auch in der kommenden kommunalen Wahlperiode für mehr soziale Gerechtigkeit im Landkreis eintreten. Die Mietpreisentwicklung ist dabei genauso ein Schwerpunkt für uns, wie Belange von Menschen im Leistungsbezug. Darüber hinaus werden wir uns für ein wirksameres Wassermanagement im Landkreis einsetzen – die vernästen Flächen und Keller sind für uns ein Unding – genauso wie für mehr Klimaschutz und einen

bedarfsgerechten Ausbau der erneuerbaren Energien, die sichere Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Leistungen und einen nutzerorientierten öffentlichen Personen-Nahverkehr.

Wir werden weiterhin den engen Schulterschluss zur Landes- und Bundespolitik suchen, um Projekte, wie eine inklusive Schule für alle Kinder, nicht auf Kosten der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, umzusetzen, oder um die Kommunen

finanziell besser auszustatten. Gentechnisch veränderte Landwirtschaft wird es mit uns genauso wenig geben, wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, denen wir konsequent den Kampf ansagen. Schließlich werden wir die Partei bleiben, die sich ohne Wenn und Aber für mehr Offenheit in der Politik und für mehr Bürgerbeteiligung einsetzt.

Das alles klingt vielleicht wenig sensationell. Aber in diesen Fragen ist ‚weiter so‘ wirkungsvoller, als

die spektakuläre neue Schlagzeile. Auf DIE LINKE. ist Verlass, wenn es um ein sozial gerechtes und solidarisches Havelland geht, das eine ökologisch nachhaltige Politik betreibt und in dem gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern um die besten Lösungswege gestritten wird.

**Harald Petzold, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Havelland**

## ...und beim Talk am Grillfeuer

Die Kleinstadt Rhinow liegt etwa 60 km von Berlin am Rande des reizvollen Natur- und Landschaftsschutzgebietes „Havelland“. Sie ist deshalb durch ihre unmittelbare Nähe zur Natur geprägt, im Osten die bewaldeten Erhebungen und im Westen die Havel- und Rhinniederung.

Die etwa 2200 Einwohner zählende Stadt ist heute noch weitgehend von ihrem ursprünglichen Erscheinungsbild geprägt. Bestimmend ist die Hauptstraße mit ihren drei unterschiedlich geformten Plätzen. Zu den repräsentativsten Gebäuden der Stadt gehört die Grundschule in der Lindenstraße. Unmittelbar neben der Schule ist mit dem Ausbau eines alten Pferdestalls und einer alten Scheune das Moonlight Pub entstanden. Diese Festscheune hat die LINKE Havelland 2012 und 2013 auserkoren, um hier ihr Sommerfest zu begehen.

Ziel war es, mit unseren Wählern und Sympathisanten ins Gespräch



zu kommen. Rund 50 Besucher waren zum Feiern auf das Gelände des Moonlight Pub gekommen. Die Stimmung war leicht und locker, es wurde über Alltagsprobleme gesprochen. Spaßmacher vom Dienst war Marcel Böttger, als Clown Celly weit verbreitet bekannt.

2013 stand unter dem Motto Polit-Talk und Unterhaltung für Groß und Klein. Die Landesgeschäftsführerin Andrea Johlige

sprach mit den Bundestagsabgeordneten Diana Golze, Kirsten Tackmann und Harald Petzold sowie mit dem Landtagsabgeordneten, jetzt Finanzminister, Christian Görke, in einer lockeren Atmosphäre über ihre Arbeit im Bundestag bzw Landtag.

Mit leckeren Bratwürsten und Grillfleisch klangen die Sommerfeste langsam aus.

*Renate Tschiersch*

Wenn nicht wir, dann entscheiden andere

Politik auf der kommunalen Ebene begleitet mich schon mehr als die Hälfte meines Lebens. Bereits als Schülerin interessierte ich mich für die Belange von Angermünde, meiner damaligen Heimatstadt. Gemeinsam mit Gleichgesinnten zog ich mit Plakaten zur Stadtverordnetenversammlung, um gegen die Verwendung von Tropenhölzern beim sogenannten „Aufbau Ost“ in unserer Stadt zu demonstrieren. Auch an meiner Schule übernahm ich Verantwortung im Schülerrat. Doch wir kümmerten uns nicht nur um die Belange unseres Gymnasiums, sondern mischten uns auch in politische Debatten in der Stadt ein. Wir wollten mitreden und gehört werden.

Mit 18 Jahren kandidierte ich dann zum ersten Mal zur Kommunalwahl für den Kreistag Uckermark. Seitdem bin ich, mit nur wenigen Jahren Unterbrechung durch den Umzug von der Uckermark ins Havelland, kommunalpolitisch aktiv und habe ein Mandat im Kreistag Havelland sowie in der SVV Rathenow.

Heute höre ich oft von jungen wie älteren Menschen, dass sie Politik nicht interessiert und sie davon keine Ahnung hätten. Frage ich dann aber nach, stellen wir oft gemeinsam fest, dass es nur darauf ankommt, was man unter „Politik“ versteht.

Junge Menschen interessieren sich selbstverständlich für die Situation ihrer Familie, sie machen sich Gedanken über ihre Schule, ihre berufliche Perspektive. Sie haben eine Meinung zu vielen Dingen, die sie in den Nachrichten sehen oder auf dem Schulhof diskutieren. Ältere Bürgerinnen und Bürger äußern oft Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen, organisieren sich in Bürgerinitiativen, wollen aber Distanz zu politischen Parteien. All dies ist Politik.

„Wir sind das Volk!“ – das Motto der Wendezeit – es hat mich geprägt und mir einen ordentlichen Schubs in Richtung politischer Aktivität gegeben. Doch es gibt viele Gründe, weshalb man sich in die Geschicke seiner Kommune, seines Landes, bis hin zu Europa einmischen sollte. Denn sonst entscheiden andere!

*Diana Golze, Vorsitzende der SVV Rathenow*

## Unsere SpitzenkandidatInnen in den Wahlkreisen



Diana Golze (38), Mitglied des Deutschen Bundestages, Wahlkreis I: *Als Kommunalpolitikerin habe ich den engsten Bezug zu den Menschen, ihren Problemen und Ideen. Es geht hier nicht darum, von wem ein Vorschlag kommt, sondern um machbare Lösungen. Politik vor Ort, direkt und gemeinsam.*



Jörg Schönberg (51), Kriminalbeamter, Wahlkreis II: *Ich möchte mich insbesondere für Demokratie und Toleranz und für eine bedarfsgerechte Schülerbeförderung einsetzen. Gemeinsam mit Betroffenen möchte ich nach Lösungen suchen und diese umsetzen.*



Andrea Johlige (36), Landesgeschäftsführerin der LINKEN, Wahlkreis III: *Politik braucht den Dialog und Ideen derjenigen, die von den Entscheidungen betroffen sind. Mir ist wichtig, dass für die Probleme vor Ort gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die besten Lösungen gesucht werden.*



Heidemarie Hinkel (59), Falkenseerin, Wahlkreis IV: *Seit 2008 im Kreistag. Dort gebe ich besonders sozial schwachen Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme. Verwaltungshandeln muss für Jeden transparent sein.*

Fünf Jahre Kommunalpolitik in Premnitz

Mit den Wahlen 2014 geht für die Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Premnitz eine erfolgreiche Legislaturperiode vorüber, eine Zeit voller Dynamik. Mehrmals musste sich die Fraktion neu konstituieren, weil Mitglieder aus den unterschiedlichsten Gründen ausschieden. Hier denken wir besonders unseres verstorbenen Freundes und Genossen Günter Degner. Bei all unseren aktiven GenossInnen und MitstreiterInnen möchten



Harald Schönfeld

wir uns auf diesem Wege noch einmal recht herzlich bedanken. Die kommunalpolitische Arbeit, hierzu gehörten in den letzten Jahren vor allem die aktive Unterstützung der Stadt bei der Entwicklung des Industriegeländes in Premnitz, die Begleitung der Verwaltung bei der Vorbereitung der BUGA-Höhepunkte, die Umgestaltung des Stadtzentrums und die Verbesserung der Infrastruktur zur Verhinderung der Abwanderung der Bevölkerung, war vorwiegend von einer Achtung der Parteien untereinander getragen. Das schloss selbstverständlich Meinungsverschiedenheiten zu verschiedenen Problemfeldern nicht aus. Es wurde aber stets versucht, ruhig sachlich, konstruktiv und unter Eingehen von Kompromissen zu lösen. Im Laufe der Wahlperiode fand die Arbeit unserer Fraktion immer mehr Anerkennung, sowohl in der Stadtverwaltung wie auch bei den meisten Vertretern der anderen Fraktionen. Unsere Anregungen, Vorschläge und Kritiken wurden häufiger als in den vergangenen Jahren aufgegriffen. Bleibt unser Versprechen, die Arbeit der LINKEN in Premnitz auch nach der Wahl aktiv zu gestalten und zu unterstützen.

Harald Schönfeld  
Fraktion DIE LINKE in der SVV  
Premnitz

# Für ein I(i)ebenswertes Nauen – sozial und gerecht

Neben dem Kreistag Havelland wird in Nauen wie in den anderen Orten des Havellandes die Stadtverordnetenversammlung bzw. die Gemeindevertretung neu gewählt. Mit unserem Wahlprogramm unterbreiten wir den Nauenerinnen und Nauenern als DIE LINKE Nauen einen Vorschlag, wie wir die Entwicklung in unserer Stadt in den nächsten fünf Jahren mitgestalten wollen.

20,9 % der Wähler gaben am 28.09.2008 den Kandidaten der Nauener LINKEN ihre Stimme und wählten sie damit zur drittstärksten Kraft in die Nauener SVV. Damit stellten wir in dieser Legislaturperiode sechs Abgeordnete.

Unsere Fraktion hat den Wählerauftrag ernst genommen und mit ihren Anträgen und Anfragen die inhaltliche Arbeit in den Vordergrund gestellt. Zählgemeinschaften (Koalitionen) gab es in Nauen nicht, also haben wir uns für unsere Anträge Partner gesucht und im Rückblick können wir sagen, dass sie mit mehr oder weniger großer Mehrheit angenommen wurden. Beispiele hierfür sind die Sanierung des OdN-Denkmal, die für sozial Schwache kostenminimierte Mittagsgespeisen in den Nauener Grundschulen – dies wurde mittlerweile durch ein Bundesgesetz abgelöst –, der „Runde Tisch“ zum Thema Bildung, dessen Ergebnisse uns immer noch beschäftigen, die Teilnahme am MAERKER-Portal oder der Energieausschuss, der im Mai 2013 seine Arbeit aufgenommen hat.



Bildung, Jugendarbeit und soziale Gerechtigkeit, d.h. die Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, bildeten einen zentralen Punkt in unserer Arbeit. Was auf kommunaler Ebene mit den begrenzten finanziellen Mitteln einer Stadt wie Nauen geleistet werden konnte, haben wir als Fraktion unterstützt und uns im entsprechenden Ausschuss in die Arbeit eingebracht.

Energie, dieses Thema bildete in Nauen einen wichtigen Schwerpunkt. Das Problemfeld hat sich verlagert von der Thematik „Windräder“ hin zu den Solar- und Biogasanlagen. Es ist schwer, in diesem Bereich einen gesunden Mix aus dem Bedarf an regenerativen Energien und den Anwohnerinteressen zu finden. Wir wissen nicht, ob jede unserer Entscheidungen die richtige war, aber wir haben sie

uns nicht leicht gemacht und werden uns weiterhin bemühen, die unterschiedlichen Interessen in unsere Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Straßenbau, die Sanierung der Altstadt, der Gefahrenabwehrbedarfsplan und die Neugestaltung diverser Satzungen bildeten in den letzten sechs Jahren weitere Schwerpunkte. Wir haben zu allen Themen in den Ausschüssen konstruktiv und kritisch mitgearbeitet und haben uns das auch für die nächste Legislaturperiode vorgenommen.

In diesem Sinne setzen wir uns parlamentarisch oder auch gemeinsam mit außerparlamentarischen Initiativen seit mehreren Jahren in unserer und den anderen Kommunen, aber auch im Kreis, im Land und im Bund ein für gesetzliche Mindestlöhne, eine stärkere Förderung des öffentlichen Beschäftigungssektors, ein gebührenfreies, gesundes Schulesystem, einen kostenfreien Schülerverkehr, eine gerechte Rentenpolitik, eine Angleichung der Löhne sowie mehr Bürgerbeteiligung.

Kommunen können diese Aufgaben aus verschiedenen Gründen nicht allein bewerkstelligen. Deshalb muss und soll es unsere Aufgabe sein, die Durchsetzung dieser Ziele auf den verschiedenen Ebenen anzumahnen und entsprechende Aktionen zu unterstützen.

Wir wollen Nauen konstruktiv und kritisch mitgestalten und das auch in den nächsten Jahren.

Thomas Lück

## Unsere KandidatInnen für den Kreistag



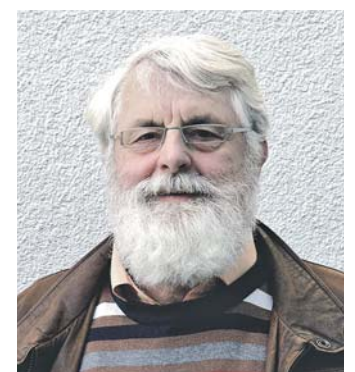
Karin Heckert (53), Wahlkreis II, Büroleiterin: *Für eine zukunftsweisende Familienpolitik, den Ausbau und Erhalt der bestehenden sozialen Infrastruktur und eine angemessene und an den Aufgaben orientierte finanzielle Ausstattung der Kommunen. Dafür stehe ich auch nach der Wahl.*



Tobias Bank (28), Wahlkreis III, Student: *In der Kommunalpolitik möchte ich mich weiterhin für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes, für eine bessere Finanzierung von Kultur- und Sozialangeboten sowie für ökologisches Wirtschaften einsetzen. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.*



Harald Petzold (52), Wahlkreis IV, Lehrer, zur Zeit Bundestagsabgeordneter: *Ich will ein lebenswertes Havelland für alle – sozial gerecht, ökologisch nachhaltig, weltoffen und einladend zum Mitmachen. Das ist zu schaffen. Wenn Sie zur Wahl gehen. Und Ihre Stimmen der LINKEN geben.*



Karl-Reinhold Granzow (70), Wahlkreis I, Rentner: *Ich kandidiere für den Kreistag, weil ich mich für ein lebenswertes Havelland einsetzen und meine Erfahrungen einbringen möchte. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sowie die Vorbereitung der BUGA liegen mir am Herzen.*

Glossiert:

## Will der Landrat nicht mehr Landrat sein?

Sehr seltsam. Landrat Dr. Burkhard Schröder kandidiert also bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 für den Kreistag, durften wir der Presse entnehmen. Nun, kann man sagen, das ist sein gutes Recht. Natürlich ist es das. Nur schauen wir doch einmal etwas tiefer. Nach Kommunalverfassung des Landes Brandenburg ist der Landrat qua Amt Mitglied des Kreistages. Zweimal Mitglied, also einmal qua Amt und einmal qua Wahl durch die BürgerInnen geht nicht, ist ja nur eine Person. Was sagt uns dann aber eine Kandidatur des Landrats für den Kreistag? Da gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten:

1. Der Landrat will nicht mehr Landrat sein. Das hieße, er will sich durch die BürgerInnen in den Kreistag wählen lassen und gibt bei Annahme dieses Mandats seinen Job als Landrat auf. Oder
2. er hat gar nicht vor, das Kreistagsmandat anzunehmen, sondern versucht durch seine Bekanntheit mehr Stimmen für seine Partei, die SPD, zu gewinnen. Das könnte man dann auch getrost Scheinkandidatur nennen. Da wir unserem Landrat natürlich so etwas niemals zutrauen würden, warten wir dann mal gespannt auf die Erklärung nach dem 25. Mai, dass das Havelland einen neuen Landrat sucht.



Frühlingsfest des Kreisverbandes in Wustermark. Besonderer Gast war der Bundesvorsitzende unserer Partei Bernd Riexinger.

## Ökologisch im Herzen, wirtschaftlich überlegt und sozial kompetent – DIE LINKE. Wustermark

Die Mitglieder der Linksfraktion in der Gemeindevertretung Wustermark können auf viel Erreichtes zurückschauen. Maßgeblich initiierte die Fraktion die Einwohnerbefragungssatzung Wustermarks und setzte mit einem Antrag den Beitritt Wustermarks zum „Maerker Portal“ durch.

Insgesamt spendeten unsere Fraktion, die Partei sowie unsere Bundestagsabgeordneten mindestens 2903 Euro in Bargeld und Sachspenden für Vereine und Initiativen in der Gemeinde. Außerdem erstirbt die Linksfraktion mehr Hinweisschilder in Elstal, organisierte das entscheidende Treffen aller Ämter für den Bau des Zebrastrreifens in Wernitz, unterstützte den Hoppenrader Kirchbauförderverein und übte politischen Druck aus, damit die Sanierung der Ei-

senbahnersiedlung in Elstal starten konnte.

Unsere Anregung zur Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes wird derzeit umgesetzt, der Elstaler Bahnhof bekommt auch Dank unserer Vorarbeit bis Ende 2014 Aufzüge und wir kämpfen weiter gegen die geplante Tank- und Rastanlage in Priort.

Wir initiierten den inzwischen jährlich stattfindenden „Unternehmertag“ der Oberschule Elstal, damit alle Schüler bessere Chancen auf Ausbildungsplätze haben, sorgten für eine Elternbefragung zum Essen in unseren Kitas und haben die Verwaltung beauftragt, einen zukünftigen Festplatz für Elstal zu finden. Mit dem gleichen Engagement wollen wir uns auch in Zukunft für Wustermark einsetzen.

Tobias Bank

## Politik ist mehr als die Verwaltung leerer Kassen

Seit vielen Jahren bedeutet Politik Personalabbau, Einschränkungen der Ausgaben für öffentliche Daseinsvorsorge und die Verringerung öffentlicher Investitionen. Haushaltsnotstand bei ständig wachsenden Anforderungen durch immer neue zusätzliche Aufgabenbereiche ist nicht selten der Grund dafür. Natürlich müssen wir uns auch als linke Partei mit den realen Problemen vor Ort auseinandersetzen. Wir haben uns in der Vergangenheit nicht abgeduckt, wenn es um solche schwierigen Fragen ging, und werden dies auch in Zukunft nicht tun. Denn Politik ist für uns mehr, als mit knappen Haushaltsmitteln einfach den Rotstift dort anzusetzen, wo Geld am dringendsten gebraucht wird, um unsere Stadt attraktiv und lebenswert zu gestalten.

DIE LINKE steht für eine Politik, die sich der Frage stellt, wie öffentliche Daseinsvorsorge vernünftigerweise aussehen müsste und welche Mittel dafür notwendig sind. Auch in Friesack stehen wir vor dem Problem, die sich abzeichnende Diskussion um ein Haushaltssicherungskonzept so zu begleiten, dass leere Kassen nicht mit einem Abbau von dringend notwendiger Infrastruktur verbunden sein müssen. Eine lebendige Stadt besteht für uns nicht nur aus Wohnungen, Schulen, Rathäusern und Straßen. Wir fürchten, dass für die sogenannten freiwilligen Aufgaben keine Luft zum Atmen bleibt, wenn schon für die gesetzlichen Verpflichtungen der Kommune nicht genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Wirkliche Integration und Vielfalt, der Erhalt unserer Bibliothek, die dringend notwendige Sanierung unserer Kindertagesstätte aber auch die Unterstützung der in Friesack lebenden Asylbewerber sollen und dürfen auch in schwierigen Haushaltssituationen nicht vergessen werden. Verantwortliches Handeln setzt voraus, dass die dringlichen Belange von Bürgerinnen und Bürgern, von Kindern und Jugendlichen, von sozialer und kultureller Infrastruktur, von Bürgerbeteiligung und Integration aller berücksichtigt werden. Dafür steht DIE LINKE – auch nach der Wahl!

Karin Heckert  
Friesack

## Erfahrungen sind zum Weitergeben da

Bei den Wahlen 2008 wurde ich überraschend in den Kreistag Havelland gewählt. Die Arbeit war interessant aber auch kompliziert.

Die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Bauern nutzte ihre Mehrheit, um immer wieder unsere Vorschläge abzulehnen, ein Teil tauchte dann in ihren Anträgen wieder auf. Die Arbeit im Kreistag werde ich vermissen, ich kandidiere aus gesundheitlichen und Altersgründen nicht mehr.

Ich konnte während meiner Zeit als Kreistagsabgeordneter viele Erfahrungen sammeln, die mir in meiner ehrenamtlichen Arbeit hilfreich waren und weiter sein werden. Diese Erfahrungen gebe ich gerne an die neuen Abgeordneten meiner Partei im Kreistag Havelland weiter.

Siegfried Lück



## Ein Schloss für alle steht in Ribbeck

Ribbeck ist dank Fontane weltberühmt. Es ist eine große Chance für das Havelland, dadurch Besucherinnen und Besucher aus Nah und Fern anzulocken. Auch deshalb wurde das Schloss Ribbeck mit öffentlichen Geldern aufwändig saniert und wird auch in seinem Betrieb regelmäßig weiter aus dem Kreishaushalt unterstützt.

DIE LINKE ist sicher, dass dieses Objekt die Attraktivität des Havellandes steigert und ein touristisches Highlight bildet.

Wir sind aber auch sicher, dass ein solches Projekt gerade angesichts der öffentlichen Finanzierung

für kulturtouristisch Interessierte ebenso wie für alle Havelländerinnen und Havelländer erlebbar sein muss.

Wir wollen das Schloss zu einem „Haus für alle“ weiter entwickeln, wo ein vielfältiges kulturelles und gastronomisches Angebot geschaffen wird, das auch diejenigen mit kleinem Geldbeutel nutzen können. Und wir wollen das Miteinander der Akteure in Ribbeck stärken. Ribbeck wird nur dann alle Potenziale entfalten können, wenn neben dem Schloss weitere vielfältige und kreative Angebote für Jung und Alt existieren.

Andrea Johlige



Schloss Ribbeck soll ein „Haus für alle“ werden

Unsere KandidatInnen

# Eine starke LINKE in Rathenow für eine verantwortungsvolle Politik



**Thomas Lück, Nauen:** *Ich kandidiere für den Kreistag Havelland, damit auch meine Stadt Nauen dort LINKS vertreten wird. Seit 1998 bin ich Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Nauen und habe in den letzten Jahren immer wieder erfahren müssen, wie oft Kommunalpolitik an Grenzen stößt, wenn Interessen des Landes oder des Kreises Vorrang haben, sei es in der Bildung, der Kinderbetreuung oder der Kreisumlage.*



**Daniel Golze, Rathenow:** *Kommunalpolitik bedeutet für mich, die Zukunft meiner Stadt und meiner Region mit den Menschen gestalten zu können. Kommunalpolitik ist für mich spannend und interessant, weil Entscheidungen unmittelbaren Bezug zu den Menschen und unmittelbare Auswirkungen vor Ort haben.*



**Susanne Schwanke-Lück, Nauen:** *Ich bin seit 2003 Mitglied in der SVV Nauen. Auch in der kommenden Legislaturperiode möchte ich gemeinsam mit einer starken Fraktion Politik für und mit den Nauenern und Nauenerinnen machen, um unsere Stadt l(i)ebenswert, sozial und gerecht zu gestalten und die Interessen ihrer Menschen zu vertreten.*

Die letzten Jahre, insbesondere die Diskussionen um den Haushalt und die notwendigen Einsparmaßnahmen, zeigen sehr deutlich, dass die Fraktion DIE LINKE ihre Verantwortung als stärkste Fraktion wahrgenommen hat. Unsere Vorschläge hatten stets nicht nur ein Ziel und eine Konzeption als Hintergrund, sondern zudem auch die notwendige Finanzierung zum Inhalt.

Die Fraktion ist sich darüber einig und im Klaren, dass die Stadt sparen muss und wir uns dieser Verantwortung nicht entziehen können. Unser Ansatz ist aber auch, uns nicht totzusparen. Denn allen von der Verwaltung vorgelegten Einsparmaßnahmen ist gemeinsam, nicht einen Zuzug von neuen Einwohnerinnen und Einwohnern zu fördern, sondern für einen weiteren Rückgang der Rathenower Bevölkerung zu sorgen.

Rathenow kann nicht nur sparen! Rathenow muss auch investieren und seine Einnahmesituation verbessern. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch und es werden weitere folgen. Der kommunale Windpark und die Nutzung von Photovoltaik auf kommunalen Dächern gehören dazu. Auch die Kooperation der Wärmeversorgung mit anderen Firmen und Stadtwerken kann zu einer Einnahmeverbesserung führen. Dazu schlagen wir vor, den Stadtwald stärker wirtschaftlich zu betreiben. Einen Verkauf des Stadtwaldes, wie von der



CDU angedacht, lehnen wir strikt ab. Dazu müssen natürlich auch Einsparungen vorgenommen werden, die durch einfache Maßnahmen erreichbar sind: die Kooperation und mögliche Zusammenführung von Kulturzentrum und Optikpark, die Ausweitung der Zusammenarbeit mit angrenzenden Gemeinden, der unumgängliche sozialverträgliche Abbau von Personal in der Stadtverwaltung.

DIE LINKE stellt sich der Wahl, um Verantwortung zu übernehmen.

Wir haben klare Vorstellungen und Konzepte, um diese Stadt in den nächsten Jahren wieder handlungsfähig zu gestalten. Leider kön-

nen wir diese Konzepte beim Bürgermeister nicht erkennen. Es fehlt der generelle Leitfaden einer Politik, um diese Stadt weiterhin lebens- und liebenswert zu erhalten.

Wir stehen derzeit vor vielen Problemen in dieser Stadt, aber zur Lösung dieser Probleme müssen wir die Bevölkerung Rathenows frühzeitig einbeziehen, für Verständnis sorgen und ein positives Gefühl für die Zukunft vermitteln. Dieser Wille und das Vermögen sind beim Bürgermeister nicht zu erkennen. Eines wird auf keinen Fall funktionieren: Die Probleme auszusetzen. Wir benötigen dringend alternative Konzepte und Ideen und können und dürfen nicht ab-

warten, bis uns andere oder der Landrat ihre Entscheidungen mitteilen. Das gilt für die Musikschule, für den Verwaltungsstandort oder das Kulturzentrum.

Und letztlich muss die Stadtverordnetenversammlung auch berechenbar bleiben. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht zuzumuten, ständig damit rechnen zu müssen, dass einige Abgeordnete ihre Auffassungen innerhalb kurzer Zeit ändern und dies zu anderen Ergebnissen führt.

Wir haben Verantwortung als stärkste Fraktion und wir wollen diese Verantwortung auch weiter mit Ihrer Unterstützung wahrnehmen. *Daniel Golze.*

## Fast 40.000 Euro Diätenweitergabe an soziale Zwecke in der Region

Im Februar dieses Jahres hat der Bundestag in namentlicher Abstimmung die Diäten für Bundestagsabgeordnete erhöht. DIE LINKE lehnte diese Erhöhung ebenso konsequent ab, wie die vorherigen. Für uns ist eine Anpassung um 830 Euro innerhalb von sieben Monaten nicht hinnehmbar. Sie passt einfach nicht in eine Gesellschaft, in der seit 15 Jahren die Reallöhne sinken oder stagnieren, Kinderarmut wächst und eine notwendige Reform der Altersversorgung verschleppt wird.

Nur dagegen zu stimmen, war und ist auch den Brandenburger Abgeordneten der LINKEN aber zu wenig. Sie spenden Monat für Monat die Erhöhung. Zusätzlich zahlen Abgeordnete der LINKEN monatlich 200 Euro in einen Fraktions-Verein ein, um darüber hinaus soziale



**Die Brandenburger Bundestagsabgeordneten v.l.: Harald Petzold, Dr. Kirsten Tackmann, Birgit Wöllert, Diana Golze, Thomas Nord.**

Zwecke zu unterstützen. Sowohl die Einzahlungen in den eigens dafür gegründeten Fraktions-Verein, als auch die Spendenbereitschaft

aus den Diätenerhöhungen suchen bei CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen ihres Gleichen. Die Gelder aus der Diätenweitergabe kommen vor

allem sozialen Initiativen und Projekten, Sport-, Kultur-, Feuerwehr- und Schulfördervereinen, IG's und Gedenkstätten zu Gute. Von 2008 bis 2013 spendeten die für unsere Region zuständigen Abgeordneten Diana Golze und Dr. Kirsten Tackmann insgesamt fast 40.000 Euro. Vor allem in ihren Wahlkreisen halfen sie mit den Spenden, wo Hilfe gebraucht wurde. So gingen Spenden unter anderem an den AWO Ortsverein in Rhinow, den Arbeitslosenverband Nauen und die Jugendfeuerwehr in Rathenow.

Harald Petzold, frisch gewählter Bundestagsabgeordneter der LINKEN, schließt jetzt schon an die Tradition des Spendens seiner KollegInnen an. Was jetzt auch den Orten im Osthavelland zu Gute kommt.

# Für DIE LINKE im Europäischen Parlament – der Brandenburger Helmut Scholz

Helmut Scholz, früher Diplomat, überzeugt im Europäischen Parlament durch seine ruhige, ausgleichende Art auch Abgeordnete anderer Fraktionen. Dass der Abgeordnete dennoch ungemütlich werden kann, zeigte er unter anderem immer, wenn es um Kinderarbeit ging. Scholz verhinderte durch seinen Einsatz gemeinsam mit dem Sozialdemokraten George Sabin Cutaş den Abschluss eines neuen Handelsabkommens mit Usbekistan, solange dort Kinder zur Arbeit in der Baumwollerte gezwungen werden. Mit einer anderen Resolution verurteilte das Europäische Parlament die Kinderarbeit in der Kakaoproduktion in Westafrika. Die



EU ist nun verpflichtet, sich dort für die Bekämpfung von Kinderarbeit einzusetzen.

Mit seiner kleinen GUE/NGL-Fraktion, mit 35 von 765 Abgeordneten, muss er oft gegen die existierenden Mehrheiten ankämpfen. Von den 99 deutschen EU-Parlamentariern aller Parteien ist er – so belegt es die Statistik – der Zweitfleißigste, wenn es etwa um bearbeitete Dossiers geht. „Wir haben mit dafür gesorgt, dass in Wirtschafts- und Handelsverträgen mit Entwicklungsländern Menschenrechtsaspekte einbezogen werden. Auch dass die Regulierung der liberalisierten

Finanzmärkte heute in nahezu aller Munde ist, ist nicht zuletzt der GUE/NGL zu verdanken. Für das Konto für jedermann, inzwischen selbst von der EU-Kommission gefordert, machte sich unsere Fraktion seit Jahren stark; und auch daran, dass die Kommissionspläne zu einer ungezügelter Wasserprivatisierung aufgegeben werden mussten, haben wir eine bedeutende Aktie.“ Der 59-Jährige nimmt seine Arbeit ernst. Er pendelt zwischen Brüssel, Straßburg und den von ihm „betreuten“ Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Helmut Scholz versteht sich als Teil eines

Arbeitsprozesses, an dessen Ende für die Bürgerinnen und Bürger greifbare Ergebnisse stehen sollen. Mit dem Hinzukommen neuer EU-Mitglieder wurde die Förderpolitik gerade für strukturschwache Regionen neu organisiert. Brandenburg etwa hatte einen Einbruch seiner Finanzen um circa eine Milliarde Euro zu befürchten. Also suchte Scholz das Gespräch. Über Parteigrenzen hinweg konnte so erreicht werden, dass für die ostdeutschen Bundesländer spezielle Übergangsregelungen den plötzlichen Wegfall der Mittel deutlich abfangen.

## Ernährungssicherheit

Scholz: „Es ist eine Schande, dass im Jahr 2014 noch immer 842 Millionen Menschen auf der Welt Hunger leiden. Schuld trägt daran auch die Spekulation auf Nahrungsmittel. Das Europaparlament könnte das profitable Geschäft der Banken am Hunger gemeinsam mit dem Rat verbieten. Auch aus Geld für die Rüstung könnte die Politik Geld für Landwirtschaft machen. Eine starke LINKE im Europaparlament wird dafür kämpfen.“

## TTIP stoppen

Scholz: „Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) laufen in eine gefährliche Richtung. Setzen sich darin weiter Konzerninteressen durch, sind unsere Landwirtschaft und unsere hohen Verbraucher- und Gesundheitsschutzstandards bedroht. Entscheiden wird über das Ergebnis das Europaparlament. Für ein Nein braucht es eine starke LINKE.“

## In Brandenburg willkommen

Menschen die vor Krieg, Vertreibung und Hunger fliehen, haben ein Recht auf Asyl. Während die EU-Innenminister über Maßnahmen reden, um die Grenzen der EU noch effektiver als bisher abzuschotten, will DIE LINKE legale und sichere Wege für schutzsuchende Menschen. Die „Festung Europa“ ist keine Lösung. Auch in Brandenburg suchen viele Flüchtlinge

Schutz. Wir wollen, dass sie hier willkommen sind.

Es ist unsere Pflicht ein menschenwürdiges Leben für alle zu gewährleisten. Das bedeutet unter anderem, dass die Flüchtlinge nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften weit außerhalb der Städte untergebracht werden, sondern in Wohnungen leben können. Vorurteile müssen abgebaut werden, um die

schutzsuchenden Menschen zu integrieren.

Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat 12,7 Millionen € extra für Kommunen, besseren Wohnraum und mehr Personal zur Verfügung gestellt. Doch immer wieder wollen alte und neue Nazis Ängste schüren, gegen die Menschen, die bei uns Schutz suchen. Wir aber wollen eine neue Will-

kommenskultur in Brandenburg schaffen, ohne Vorurteile und Ängste. Deshalb gibt es seit Ende 2013 in der LINKEN den Arbeitskreis „Willkommenskultur in Brandenburg“ in dem sich Aktive aus Vereinen und Initiativen vernetzen, um für eine bessere Flüchtlingspolitik zu wirken. Aktives Handeln und nicht wegsehen ist und bleibt unser Ziel.

## Steuer auf Finanzprodukte

Über die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer müssen derzeit die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer entscheiden. Für die Einführung dieser Steuer auf alle Finanzprodukte der Banken, Börsen und Versicherungen hat sich als erstes EU-Gremium der Ausschuss der Regionen (AdR) auf Initiative des Brandenburger Europaministers Ralf Christoffers (LINKE) und der Europaabgeordneten Martina Michels (Foto) ausgesprochen. Im AdR sind 344 Gebietskörperschaften aus allen EU-Mitgliedstaaten vertreten, deutsche Vertreter sind die Bundesländer.



„Als Berichterstatter des AdR habe ich mich dafür eingesetzt, dass Einnahmen aus dieser Steuer auch für soziale Aufgaben der EU-Länder

zur Verfügung stehen“, so Christoffers. Es wird mit jährlichen Einnahmen von 54 Milliarden € gerechnet. DIE LINKE setzt sich seit Mitte der 1990-er Jahre für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ein. „Unsere politische Position aus dem AdR ist inzwischen bei den Regierungschefs angekommen und mehrheitsfähig geworden“, kommentierte Martina

Michels (LINKE). Und weiter sagte sie: „Die EU hat viele Hoffnungen enttäuscht. Ihre Politik wird fast nur durch Regierungen bestimmt. Dem kann man mit einem starken Europaparlament begegnen. Es braucht eine starke LINKE als verlässliche Anwältin des Bürgerwillens. Wir lehnen die EU-weiten Kürzungsorgien bei Löhnen und Renten ab und wollen verbindliche Mindeststandards. Schon heute wird unser Leben in den Kommunen europäisch bestimmt, ob es um Wasser, Strom oder Verbraucherschutz geht. Auch deshalb wollen wir Europa verändern!“



Europa in Brandenburg

## Ein schöner Bahnhofsvorplatz in Falkensee

Lange Jahre präsentierte sich das Umfeld des Bahnhofs in Falkensee in einem wenig einladenden Zustand. Unter anderem Dank der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wurde das Bahnhofsareal zu einem attraktiven Eingang in die Stadt umgestaltet.

## Tanzen im Alten Gymnasium

Wer in Neuruppin Stepptanzen lernen will, geht genauso ins Alte Gymnasium wie diejenigen, die wissen wollen, wie man Trompete spielt. Neuruppin ist eine von 15 Städten, die in der Förderperiode 2007 – 2013 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Programm „Nachhaltige Stadtentwicklung“ gefördert werden.

## Denkmalgeschützt und multifunktional

Das Friedrich-Wolf-Theater in Eisenhüttenstadt ist das größte Veranstaltungshaus in der Region. Dort finden Veranstaltungen aller Genres statt. Und ganz nebenbei trägt der Umbau des Theaters im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) zur Belebung der Innenstadt bei. Dies wurde u.a. mit EFRE-Mitteln in Höhe von 2,8 Millionen Euro möglich.

## Alle kennen das Bergschlösschen

In Spremberg kommt man am Bergschlösschen nicht vorbei. Erst kürzlich wurden mehr als 687.000 EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereitgestellt, um den Rück- und Neubau von Gebäuden auf dem Gelände des Mehrgenerationen- und Kulturzentrums Bergschlösschen zu unterstützen.



### Bollhagens Töpfe, Tassen und Becher im Museum

Gleich neben dem Ofen- und Keramikmuseum Velten entsteht derzeit das Museum für den künstlerischen Nachlass der Keramikerin Hedwig Bollhagen (1907 – 2001). Die Stadt Velten erhält 835.000 Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für die Errichtung des Hedwig-Bollhagen-Museums. Der Landkreis Oberhavel stellt weitere 540.000 Euro zur Verfügung.

### Erst Waschhaus, jetzt Kunsthaus

Da wo früher die Wäsche der Kirchenleute gewaschen wurde, können die Bürgerinnen und Bürger Prenzlau und die Gäste der Stadt Kultur und Geschichte der Uckermark erleben. Das ehemalige Waschhaus in Prenzlau wurde vor drei Jahren nach zweijährigem Umbau wieder eröffnet. Die Sanierung des Waschhauses kostete insgesamt rund 1,1 Millionen Euro. Vom Land Brandenburg wurden 825.000 Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung gestellt.

### Breitbandausbau

Mit dem Bau des Breitbandnetzes wird seit März in den Planungsregionen Prignitz/Oberhavel, Barnim/Uckermark und Oderland-Spree begonnen, die anderen werden folgen. Dies ist möglich geworden, weil die Europäische Kommission das „Entwicklungskonzept Brandenburg – Glasfaser 2020“ des Brandenburger Wirtschafts- und Europaministeriums Anfang 2013 gebilligt hatte. Die Unterstützung mit europäischen Fördermitteln war notwendig geworden, weil Betreiber bisher Gebiete mit geringer Einwohnerdichte vom schnellen Internet ausgeschlossen hatten.

# Wählen gehen! So wird's gemacht.

Mustervordruck 11a  
Anlage 11a  
zu § 41 Absatz 1 Satz 1 BbgKWahlV

## Stimmzettel

für die Wahl zum Kreistag<sup>1)</sup> am \_\_\_\_\_ im Landkreis \_\_\_\_\_ Wahlkreis: \_\_\_\_\_

**Sie haben 3 Stimmen: x x x**

Sie können alle drei Stimmen **einer einzigen** Bewerberin oder **einem einzigen** Bewerber geben.  
Sie können Ihre drei Stimmen aber auch auf **mehrere** Bewerberinnen und Bewerber **desselben** Wahlvorschlags oder **verschiedener** Wahlvorschläge verteilen.  
**Bitte beachten Sie:**  
Bei der Abgabe von mehr als drei Stimmen sind alle abgegebenen Stimmen ungültig!

1 A-Partei <b>AP</b>	2 Wählergruppe Feuerwehr <b>WGF</b>	3 Listenvereinigung X - C-Partei (CP) - Wähleraktion Torfstedt (WAT) - Wählerinitiative Nuth (WIN) <b>LX</b>	4 B-Partei <b>BP</b>
1. Dr. Zorn, Max Geburtsjahr 1951 Tierarzt Ginsterweg 12 Altmark <span style="float: right;">○○○</span>	1. Lenz, Moritz Geburtsjahr 1981 Elektroinstallateur Kantstraße 8 Torfstedt <span style="float: right;">○○○</span>	1. Kok, Ronald Geburtsjahr 1987 Unternehmer Nuthstraße 14 Nuthstede <span style="float: right;">○○○</span>	1. Stendal, Kathrin Geburtsjahr 1969 Kaufrau Schillerstraße 4 Bärenhausen <span style="float: right;">○○○</span>
2. Reim, Ramona Geburtsjahr 1987 Lehrerin Kleistraße 21 Neumark <span style="float: right;">○○○</span>	2. Dorn, Magnus Geburtsjahr 1959 Landwirt Dorfstraße 17 Kleinstedt <span style="float: right;">○○○</span>	2. Sommer, Raphael Geburtsjahr 1953 Polizeibeamter Lindenstraße 5 Torfstedt <span style="float: right;">○○○</span>	2. Berger, Friedrich Geburtsjahr 1947 Bäckermeister Hauptstraße 55 Karstedt <span style="float: right;">○○○</span>
3. Köster, Karl Geburtsjahr 1948 Schlosser Eichenweg 2 Bärenhausen <span style="float: right;">○○○</span>	3. Mai, Charlotte Geburtsjahr 1963 Chemielaborantin Fontaneweg 9 Altmark <span style="float: right;">○○○</span>	3. Zwerg, Inka Geburtsjahr 1990 Hausfrau Chopinallee 5 Kleinstedt <span style="float: right;">○○○</span>	3. Dr. Gent, Rita Geburtsjahr 1959 Apothekerin Luisenstraße 12 Neustedt <span style="float: right;">○○○</span>
(usw.)	(usw.)	(usw.)	(usw.)

1) Muster gilt für die Wahl des Kreistages.

- ▶ **Erstmalig sind in Brandenburg bei der Wahl der Kommunalvertretungen und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahre stimmberechtigt.**
- ▶ **Sie haben bei der Wahl der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Ortsbeiräte jeweils drei Stimmen.**
- ▶ **Gewählt werden können die Bewerberinnen und Bewerber von Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen, Listenvereinigungen und auch Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber.**
- ▶ **Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel richtet sich nach deren Stimmenanteil bei der vergangenen Kreistagswahl.**
- ▶ **Sie können die drei Stimmen einer Bewerberin bzw. einem Bewerber eines Wahlvorschlagsträgers geben (kumulieren) oder einzeln auf mehrere Bewerberinnen oder Bewerber entweder desselben Wahlvorschlagsträgers oder unterschiedlicher Wahlvorschlagsträger verteilen (panaschieren).**
- ▶ **Sie können auch weniger als drei Stimmen abgeben (eine oder zwei Stimmen). Ihre Wahl ist trotzdem gültig.**
- ▶ **Wenn Sie mehr als drei Stimmen abgeben, ist Ihr Stimmzettel ungültig.**



**Zum ersten Mal mit 16**

## Wähle, wie du leben willst

[www.linksjugend-solid-brandenburg.de](http://www.linksjugend-solid-brandenburg.de)

Unser ganzes Leben steckt täglich voller Entscheidungen darüber, wie wir unser Leben gestalten wollen. Häufig ist es nur eine Frage des Umganges miteinander aber persönliche Entscheidungen, Interessen und Bedürfnisse sind an vielen

Stellen hochpolitisch. Als politischer Jugendverband ist es unser Ziel Jugendlichen eine Plattform zu bieten, in der die eigenen Vorstellungen von einem gerechten Leben für alle entwickelt, diskutiert und für deren Umsetzung gemeinsam gestritten werden kann. Wenn in diesem Mai erstmals alle Jugendlichen Brandenburgs ab 16 Jahren dazu aufgerufen werden zur Wahlurne zu gehen, wollen wir diesen Aufruf erweitern, denn: Du hast an jedem Tag die Möglichkeit selbst zu entscheiden, ob du dich gegen Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen oder aber für deine Interessen und Ideen einsetzt. Nutze sie, egal ob in deiner Schule, deinem Ausbildungsbetrieb, in deinem Kiez oder aber in der Uni! Geh nicht einfach nur wählen, sondern werde aktiv!

## Ihre Spende für DIE LINKE

Sie können DIE LINKE über Ihre Wählerstimme hinaus auch mit einer Spende unterstützen. Medienwahlkämpfe sind teuer. DIE LINKE verzichtet als einzige Partei auf Spenden von Unternehmen und braucht deshalb auch Ihre Unterstützung. Für 20 € können wir 10 Plakate oder 1.000 Wahlzeitungen drucken lassen. Für 80 € können wir 1.000 Faltblätter für unsere Kandidat(inn)en zur Verteilung am Infostand herstellen. Jeder Betrag hilft. Bitte überweisen Sie unter Angabe Ihres Namens und Anschrift auf unser Konto Nr. 1000969068, BLZ 16050000 bzw. IBAN DE43 16050000 1000 9690 68, BIC WELADED1PMB.